Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

284 (5.12.1906) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 284. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 5. Dezember 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Der Hauptmann von Köpenick, ein politischer Reformator.

Der „Held von Köpenick", wie der Volksmund den Schuhmacher Voigt getauft hat, wandert auf vier Jahre ins Gefängnis. Dieses Urteil ist hart, viel zu hart für den, welchen es trifft. Wenn je ein Mensch mildernde Umstände in weitgehendstem Maße für eine die bestehenden Gesetze verletzende Tat verdient hat, dann war es der Schuhmacher Voigt, der den unsterblichen Schelmenstreich von Köpenick" verübte. Wer den ausführlichen Bericht über die Gerichtsverhandlung, die am Dienstag in Berlin stattgefunden, gelesen hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der alte, im Zuchthaus ergraute Schuhmacher sowohl durch seine einfache aber doch glänzende Beredtsamkeit, wie durch die Größe des deutschen Geschickes, das ihn betroffen, hoch über allen anderen Beteiligten dieses Prozesses steht. Der „Ueberfall auf Köpenick" ist die blutigste Satire auf den Militarismus sowohl, als auf die Zustände, die das militaristische System im kapitalistischen Klassenstaat zur Folge hat. Und der Mann, der die ganze Welt zum Lachen reizte, der einen Schelmenstreich verübte, den in der ganzen Welt vorher niemand für möglich gehalten hätte, er prahlt nicht mit seiner Tat. Schlicht und ergreifend gibt er dem Gerichtshof eine soziale und seelische Erklärung seiner „verbrecherischen" Handlung. Die heitere Komödie von Köpenick verwandelt sich im Gerichtssaal zu einer sozialen Tragödie, zu einer für das heutige System der Polizeibureaukratie vernichtenden Anklage. Der „Zuchthäusler" Voigt verschwindet in der Gerichtsverhandlung hinter dem Menschen Voigt, der von der Gesellschaft, deren Gesetze er schon als Knabe übertreten hat, verfolgt und gehetzt wird, wie ein wildes Tier. Schon die erste Strafe, die Voigt getroffen hat, verwandelt sich in eine Anklage gegen die Gesellschaft, die sich vor ihm schützen zu müssen glaubte. Den vierzehnjährigen jungen arbeitswilligen Menschen schickte der Staat ins Gefängnis wegen Diebstahls: wie viele von denen, denen das Glück reiche Eltern beschert, würden unter ähnlichen Umständen dieselbe Straftat begangen und sich gewundert haben, daß das Gesetz das Unternehmen Diebstahl nennt, den Unterhalt sich ohne Achtung des Gesetzes, das ja für Beschaffung von Lebensunterhalt nicht sorgt, zu verschaffen? Hätte der junge Mann die Formen unserer heutigen Gesetze eingehalten, so wie die Firma Tippelskirch u. Komp., dann wäre er nicht ins Gefängnis gekommen. Aber Voigt war nie Inhaber eines Erwerbsgeschäftes à la Tippelskirch u. Komp., sondern ein hungernder Arbeiter, der nicht wußte, daß der Diebstahl im Sinne des Gesetzes erst dann strafbar ist, wenn man die Form des Gesetzes verletzt; dagegen straffrei bleibt, wenn man „fremdes bewegliches Eigentum" sich aneignet, ohne die Form des Gesetzes zu verletzen. Im letzteren Falle kann man sogar einer der achtbarsten Bürger der Gesellschaft sein, hohe und höchste Aemter bekleiden, ohne daß ein Staatsanwalt auch nur im entferntesten auf den Gedanken käme, einem an den Kragen zu gehen.

Mit 18 Jahren fälscht Voigt Postquittungen, um zu Geld zu kommen. Er wird erwischt und erhält 10 Jahre Zuchthaus, dazu hohe Geldstrafen, die er natürlich nicht bezahlen kann und die ihm deshalb zu den 10 Jahren künstlich noch zwei weitere Jahre Zuchthaus einbringen. Nachdem der von gesellschaftswegen auf die Verbrecherschule des Verbrechens geschickte Knabe seine 12jährigen Verbrecherstudien absolviert hat und als 30jähriger Mann wieder ins Leben hinaustritt, begeht er abermals ein strafbares Verbrechen: er verübt in Gemeinschaft mit einem „Studiengenossen" einen Einbruch, wird erwischt und mit der höchsten Strafe, mit 15 Jahren Zuchthaus, bestraft. Und diese Strafe wird ihm zudiktiert wegen offenkundiger Verletzung des dem Angeklagten zustehenden Rechtes. Ohne Zeugeneinvernahme, auf welche der Verbrecher vergeblich beruft, wird er in einer halbstündigen Verhandlung zu der höchst zulässigen Strafe verurteilt. Aber nicht genug damit, daß voreingenommene Richter ein ungerechtes Urteil fällen, ein subalterner Gerichtsbeamter bringt den zu unmäßig hoher Strafe Verurteilten auch noch um das Rechtsmittel der Berufung gegen das Urteil. Wenn die Angaben Voigts über seine Verurteilung vor dem Landgericht Gnesen zutreffen, und es ist kaum daran zu zweifeln, dann wurde an ihm ein Justizverbrechen verübt. Aber dieses von der Justiz verübte Verbrechen bleibt straflos. Verzweifelte Versuche, das ungerechte Urteil zur Aufhebung zu bringen, sind vergeblich — das größte Unrecht, in die richtigen Formen gegossen, ist im Reiche der preußisch-deutschen Gerechtigkeit unabänderlich.

Als 57-Jähriger verläßt Voigt zum zweiten Male das Zuchthaus. Durch ehrliche Arbeit sucht der Schwergeprüfte seine Schicksalsschläge zu vergessen. Er findet Arbeit und bewährt sich als fleißiger, tüchtiger und gewissenhafter Arbeiter. Sein Meister gewinnt so großes Vertrauen zu ihm, daß er dem „Zuchthäusler" sogar den Kassenschlüssel anvertraut. Und der Verbrecher rechtfertigt das in ihn gesetzte Vertrauen in vollstem Maße. Da trifft den, der begonnen hat, ein neues ehrliches Leben zu führen, ein furchtbarer Schlag. Er steht unter Polizeiaufsicht und die Polizeiorgane des Staates wissen nichts besseres zu tun, als den alten ergrauten Mann, der sich das erstemal in seinem Leben glücklich fühlt, aus der ehrlichen Arbeit herauszureißen und ihm den Ausweisungsbefehl zuzustellen. Es ist die Praxis der Organe des „Staates der Gerechtigkeit", um die Gesellschaft vor „gefährlichen Elementen" zu schützen, diese immer wieder auf die Bahn des Verbrechens zu treiben. Voigt geht nach Berlin und findet dort wieder Arbeit. Abermals verfolgt ihn die Polizei und weist ihn aus. Da packt den „Zuchthäusler" grimmiger Humor: geht euer System dahin, dem ehrlich ringenden Menschen Arbeitsgelegenheit abzuschneiden, wohlan so bekämpfe ich das System, das euch stützt, euer System der äußern Form und des Kadavergehorsams, ich dreh ein Ding mit dem Militär.

Mit genialer Sicherheit vollführt das von der Gesellschaft gehetzte und verfolgte Opfer den „Schelmenstreich von Köpenick" und setzt damit die ganze Welt in Erstaunen. Der Streich glückt ihm, nicht weil er ein geriebener, ausstudierter Verbrecher ist, sondern weil er das System der Rechtlosigkeit und des militärischen Absolutismus mit genialer Rücksichtslosigkeit für einen Augenblick zu handhaben versteht. Der „Ueberfall von Köpenick" war, wenn auch ungewollt, eine politische Tat von nicht geringer Bedeutung, denn dieser „Schelmenstreich" hat die Minderwertigkeit des preußisch-deutschen Polizei- und Militärsystems vor der ganzen Welt und damit auch die politischen Zustände Preußen-Deutschlands bloßgestellt.

Diese Tat büßt der Tilsiter Schuhmacher jetzt mit vier Jahren Gefängnis. Vergeblich hat sich Voigt aus dem Sumpf, in den ihn die Gesellschaft hinabgestoßen hatte, herauszuarbeiten versucht. Polizei und Justiz haben ihn mißhandelt, niedergetreten, so oft er den Versuch unternahm. Systematisch hat man ihn um sein Menschenrecht gebracht und seine Menschenwürde mit Füßen getreten. Und es war kein gewöhnlicher Mensch, den sich hier die Polizei und die Justiz auf das Gewissen gebunden haben. Uebereinstimmend lautet das Urteil über Voigt dahin, daß er ein sehr begabter, intelligenter Mensch ist, der, wenn ihn die Gesellschaft richtig behandelt hätte, tüchtiges hätte leisten können. „Ein glänzender Redner" schreibt der Berichterstatter der Frankfurter Zeitung.

Nicht als Verbrecher steht dieser alte Mann vor uns, der, ohne die Gesellschaft geschädigt zu haben, dem militaristischen System den schwersten Schlag versetzte, sondern als gehetztes, verfolgtes Opfer dieser Gesellschaft. Vergeblich versuchten der Staatsanwalt, das Gericht und die Verteidiger, den großen sozialen Zug in dem Bilde, das uns die Gerichtsverhandlung entrollte, durch ihren Formelkram oder durch eine Art gezwungener Humanität und Sentimentalität zu verdecken. Es half ihnen nichts; er brach durch und alle Welt begleitet heute den einfachen Schuster mit dem Gefühle der wärmsten Sympathie in seine Gefängniszelle, während der kleinliche Apparat der Justiz verschwindet im Halbdunkel der Dinge, die sich als ganz nebensächlich erweisen gegenüber der Größe eines sozialen Musterschicksals, das sich durch eine kühne Tat ins helle Licht der Zeitkämpfe gesetzt und zu seinem Teil ihnen einen mächtigen Anstoß nach vorwärts gegeben hat. Der Verbrecher als politischer Reformator — das ist die Schlußmoral der echt preußisch-deutschen Köpenickaffäre!

Badische Politik.

Ultramontane Kampfesweise.

Man schreibt uns aus Badisch-Rheinfelden: Am Montag, den 26. November, sollen sich zwei Arbeiter von hier in der Kirche nicht anständig benommen haben. Soviel feststeht, wurde durch den Uebereifer des Meßners eine Störung verursacht. Dieses Vorkommnis veranlaßte nun den Herrn Pfarrer, in Nr. 182 des Säckinger Volksblattes einen Kilometerartikel gegen die Sozialdemokratie vom Stapel zu lassen. Was hat das Verhalten der beiden Arbeiter mit der Sozialdemokratie zu tun, Herr Pfarrer? Nichts, garnichts. Aber der Pfarrer benützte nur diesen Anlaß, um den bösen „Sozzen" und den frei organisierten Arbeitern eins auszuwischen, denn wir wissen ganz genau, wie sehr der schwarze „Arbeiterfreund" sich Mühe gibt, um das Stärkerwerden der freien Gewerkschaften zu verhindern. Wenn seine Drohungen bei den Organisierten nichts fruchten, so setzt er den Hebel an bei den Eltern derselben, und der Herr Gendarm muß ihn noch dabei unterstützen. Aber damit schädigt man unsere Organisationen nicht mehr, im Gegenteil, die Arbeiter sehen ein, daß nur durch den Beitritt zu einer Organisation, die aufrichtig sich bemüht, die drückende Lage der Arbeiter zu verbessern, etwas erreicht werden kann. Wer verschaffte den Arbeitern der Firma Ferd. Meier hier den Zehnstundentag? Etwa der Herr Pfarrer? Nein, der deutsche Textilarbeiter-Verband.

Aber so sind die schwarzen „Arbeiterfreunde"; wenn Arbeiter, die nicht zentrumstreu sind, sich etwas zu schulden kommen lassen, dann wird die Sozialdemokratie dafür verantwortlich gemacht und die ganze sozialdemokr. Partei als ein Verderben für das Volk hingestellt. Und dabei könnten wir zehnfach für jeden einzelnen Fall mit gleicher Münze heimzahlen. Was würde z. B. der Pfarrer sagen, wenn wir für die Schweinigeleien verschiedener katholischer Geistlicher den ganzen Stand derselben oder gar die katholische Kirche verantwortlich machen wollten? Vielleicht liest der Herr Pfarrer die Geschichte des französischen Pfarrers und Kindsmörders Cassan. Und kennt er nicht die „Geschichten" der Bastian, Bruder, Pfister, Mohauer und so vieler anderer katholischer Geistlicher? Was bedeuten gegen die Verbrechen dieser Geistlichen die auch von uns mißbilligten Ungezogenheiten zweier hiesiger Arbeiter? Aber über die Verbrechen der katholischen Geistlichen schweigt sich die „fromme" Zentrumspresse aus, um so wütender tobt sie, wenn einmal Arbeiter in der Trunkenheit sich Ungezogenheiten zu schulden kommen lassen. Den Balken im eigenen Auge sehen die Frömmler nie, um so größer erscheint ihnen der Splitter im Auge des Gegners. Es ist keine ehrliche Entrüstung, die in dem Artikel des Säckinger Volksblattes zum Ausdruck kommt, sondern eine widerliche Heuchelei und ein demagogischer Trick. Wenn wir den Stiel umdrehen und mit ebensolchen Mitteln gegen das Zentrum kämpfen würden, dann würde sich der Herr Pfarrer wahrscheinlich darüber sehr beklagen. Nun wohl, dann mag er sich fürderhin auch einer anständigeren Kampfesweise dem politischen Gegner gegenüber befleißigen.

Für eine bürgerliche Kuddelmuddelkandidatur im 11. badischen Wahlkreis Mannheim-Schwetzingen sucht auch die konservative Bad. Post Stimmung zu machen. Wir hätten nichts dagegen, wenn eine solche Kuddelmuddelkandidatur zustande käme, ja wir möchten es beinahe wünschen, sie käme zustande

„Ein Blick nach Frankreich".

—r. Mit diesem „Schreckensruf" sucht man den katholischen Teil des Volkes vor den Vorgängen in Frankreich gruselig zu machen. „Die Verbrechen haben in Frankreich um 50 Prozent zugenommen!" donnerte Waldmichel-Schofer in einer Zentrumsversammlung. Daß die Verbrechen nachgewiesenermaßen dort am zahlreichsten sind, wo die Klerisei am ungestörtesten das Volk beherrscht, wird natürlich verschwiegen.

Es lohnt sich, angesichts der Hetze, die von ultramontaner Seite gegen die Lostrennung der Kirche vom Staate in Frankreich jetzt getrieben wird, einen Blick dort hinüberzuwerfen und wir wollen in dieser Beziehung den schwarzen „Volksbeglückern" gerne behilflich sein. Gegenwärtig wird bekanntlich die Kircheninventur aufgenommen, d. h. die Arbeit ist schon ziemlich beendet. Unter den mancherlei „Kostbarkeiten" und Reliquien, die vom katholischen Volke verehrt wurden, werden u. a. aufgeführt:

Die Dornenkrone Christi (Notre-Dame in Paris). Der ungenähte Rock des Heilandes (Argenteuil bei Paris), dessen Doppelgänger sich bekanntlich in Trier befindet. Ein Haar der heiligen Jungfrau (Villemaux). Ein Tropfen der heiligen Milch der Mutter Gottes (Saint Nadagonde des Pommiens). Ein Dorn aus der Dornenkrone (Rheims). Ein Arm der heiligen Barbara usw. Es gibt in den verschiedenen Kirchen Frankreichs: 8 Arme des heiligen Blasius, 18 Arme des heiligen Jakobus, 9 der heiligen Thekla, 60 Finger und 20 Kiefer von Johannes dem Täufer und 6 Brüste der heiligen Agata. Nicht weniger überraschend wirken: eine Feder aus dem Flügel des Engels Gabriel. Ein Stein in der Kathedrale in Rheims, auf den der Heiland sich gesetzt und den Abdruck seines Leibes bewahrt hat. In einer bretonischen Kirche enthält ein Reliquienschrein den Hauch Christi.

Vielleicht gibt die Zentrumspresse ihren gläubigen Lesern von diesen „Inventurstücken" der französischen Kirchen Kenntnis.

Deutsche Politik.

Tauglichkeit zum Militärdienst.

Dem Reichstag ist soeben die Uebersicht der Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäftes und eine Nachweisung über die Herkunft und Beschäftigung der Militärpflichtigen für das Jahr 1905 zugegangen. Von 1 105 816 in diesem Jahre Gestellungspflichtigen wurden demnach ausgeschieden und ausgemustert: 35 148, dem Landsturm überwiesen: 111 187, der Heeres- und Marineersatzreserve überwiesen: 83 064 und ausgehoben: 219 090. Die Uebrigen haben sich nächstes Jahr wieder zu stellen.

Interessant ist nun der Nachweis über Herkunft und Beschäftigungsart derjenigen Militärpflichtigen, die im Jahre 1905 eine endgiltige Entscheidung erhalten haben. Er ergibt folgendes Bild:

	Auf dem Lande geboren:		In der Stadt geboren:	
	In der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt	In Industrie, Handel usw. beschäftigt	In der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt	In Industrie, Handel usw. beschäftigt
Endgiltig abgefertigt	130 046	171 897	16 305	184 869
Darunter Taugliche	78 476	100 603	9 420	94 920
Prozentsatz der Tauglichen von den endgiltig Abgefertigten	**60,21**	**58,53**	**57,77**	**51,34**

Es ist hier deutlich der gesundheitsschädigende Einfluß der heutigen städtischen Lebensbedingungen und der industriellen Arbeit erkennbar. Den größten Prozentsatz der Tauglichen weisen auf die auf dem Lande Geborenen und dort Arbeitenden, dann folgen die dort Geborenen aber in nicht ländlichen Berufen Beschäftigten, die in diesem jugendlichen Alter immer noch einen Fond von Gesundheit mitbringen, dann die in der Stadt Geborenen, deren Beschäftigung aber eine ländliche ist, und zum Schluß kommen mit einem Prozentsatz von nur 51,34 der Abgefertigten die in der Stadt Geborenen und auch dort Arbeitenden.

24 Wahlgänge und doch kein positives Resultat.

Für die noch unerledigte Landtagswahl im Wahlkreise Neustadt-Dürkheim war auf Montag ein neuer, und zwar der 24. Wahlgang anberaumt. Von den erschienenen 136 Wahlmännern wurden 122 giltige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Exter (lib.) 58, Dr. Bischoff (lib.) 56, Dr. Deinhard (lib.) 2, Frhr. Haller von Hallerstein (Soz.) 49, Erlewein (Zentr.) 49, Abresch und Lehmann (Bund der Landwirte) je 18, Stein und Edelhäuser (Radikalsozialist) je 2 Stimmen. Die Wahl war also wiederum resultatlos. Da der nächste Wahltag auf den ersten Montag des Monats Juli festgesetzt wurde, bis dahin aber bereits die Neuwahlen zum bayerischen Landtage stattgefunden haben, so dürfte mit dem jetzt vorgenommenen 24. Wahlgang die Komödie definitiv beendet sein. Neustadt-Dürkheim bleibt also im gegenwärtigen Landtag unvertreten.

Agrarische Gemeinheit.

In einem Dankschreiben des Bundes der Landwirte an Pod-ex-chen findet sich folgender Satz:

„Gegenüber einem Ansturm der gesamten Feinde der deutschen Landwirtschaft von einer selbst in unseren Tagen ungewöhnlichen Gehässigkeit und Gemeinheit haben Eure Exzellenz unerschüttert festgehalten an denjenigen Maßnahmen, welche Sie im Interesse der deutschen Landwirtschaft und des gesamten deutschen Volkes für richtig erachtet haben."

Kampf gegen Fleischwucher ist in den Augen der Zirkus Busch-Helden eine Gemeinheit, weil die Masse des Volkes nicht geneigt ist, zu hungern, um den Oertelmannen die Taschen zu füllen. Die freche Sprache zeigt nur, was Pod jenen Leuten wert war.

Ausland.

Schweiz.

König Stumms Nachfolger in der Schweiz. Dem Metallarbeitersekretär Stäheli in Winterthur ist ein Protokoll von einer Sitzung hartgesottener Kapitalisten in die Hände gefallen, das ihm sehr interessante Daten gab. 96 Arbeitgeber haben einen Fonds von 300 245 Franken zusammengebracht, aus dem Firmen unterstützt werden, die streikenden Arbeitern nicht entgegenzukommen wünschen. Verschiedene Firmen, die Unterstützung erhielten, wurden mit Namen aufgeführt. Amüsant ist das Histörchen von einem Streik in Thun. Der Betriebsleiter, ein guter Preuße, eilte gleich zur Polizei, die ihm Unterstützung versprach, wenn pro Säbel 4 Franken an den Staat bezahlt werde. Der Direktor schloß den Handel ab und war dann außer sich, als ihm nach beendigtem Streik eine Rechnung von über 5000 Franken präsentiert wurde. Er mußte sie natürlich bezahlen, da er die Verpflichtung auf sich genommen hatte, obschon im allgemeinen der Staat verpflichtet sei, unentgeltlich seine Soldaten zu stellen.

Frankreich.

Parteifraktion und Diäten in Frankreich. Nachdem die Kammer vor einigen Tagen sich in aller Geschwindigkeit ihre Jahresbezüge von 9000 auf 15 000 Fr. erhöht hatte, mußte sie gestern bei dem betreffenden Budgetkapitel praktisch zu der Erhöhung Stellung nehmen, die das im Zeichen des Defizits stehende Budget um die Kleinigkeit von 5 350 000 Fr. belastet. Unsere Fraktion war leider, wie so oft, gespalten. Ein Vermittlungsvorschlag Jaures, die Erhöhung der Kredite auszusetzen, bis die Abgeordneten Zeit gefunden haben, sich mit ihren Auftraggebern in Verbindung zu setzen, wurde von der gesamten Fraktion unterstützt, von der Kammer jedoch abgelehnt. Mit relativ geringer Mehrheit beschloß die Kammer die Erhöhung der Kredite. Die sozialistische Fraktion nahm hierauf in ihrer Sitzung einen Antrag Jaures-Guesde-Varenne an, die 6000 Fr. Erhöhung der Partei zur Verfügung zu stellen, die gemeinsam mit den Abgeordneten über deren Verwendung bestimmen soll. Bisher zahlten die Abgeordneten 10 Fr. monatlich in die Parteikasse.

Aus der Partei.

Waldshut, 3. Dez. Die Volksfreund-Abonnenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß jeweils am Anfang des Monats das Abonnementsgeld eingezogen wird. Wer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, hat zu gewärtigen, daß ihm die Zeitung vom genannten Zeitpunkt ab nicht mehr zugestellt wird.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ein klägliches Ergebnis.

gt. Der am Samstag vor dem Schwurgericht Nürnberg verhandelte zweite Krawallprozeß wird auch der letzte gewesen sein, wie aus den während dieser Verhandlung vom Vorsitzenden und dem Staatsanwalt gelegentlich gemachten Bemerkungen hervorgeht. Nach den Vorkehrungen, die seinerzeit getroffen wurden, glaubte man sich auf einige Massenprozesse gefaßt machen zu müssen. Ein eigener Richter wurde eingesetzt, der nichts anderes zu tun hatte, als die Untersuchung gegen die „verdächtigen" Personen zu führen, sämtliche Polizeivigilanten und andere Polizisten waren tagelang auf den Beinen, um weitere Verdächtige ausfindig zu machen und Material gegen sie zusammenzutragen, wer sich mit einer Verletzung sehen ließ, wurde unter dem Verdacht der Teilnahme an den Unruhen verhaftet, der Arbeitgeberverband hielt in seinen Betrieben Umschau, wer sich von den Arbeitern damals krank gemeldet, um dadurch eventuell Verletzte ausfindig zu machen usw. Wegen der Vorgänge am 17. August, bei der Erschießung Fleischmanns, wurden 20 Personen in Untersuchung gezogen; hievon wurden 5 am 11., 12. und 18. Oktober vom Schwurgericht Nürnberg abgeurteilt. Gegen die übrigen schwebt das Verfahren noch. Es sind Streikende von den Unionwerken, denen man daraus einen Strick drehen wollte, daß sie am kritischen Abend in der Regensburgerstraße, in dem Verkehrslokal der Streikenden, anwesend waren. Im Zusammenhang mit den Krawallen am 23. und 24. August ist die Untersuchung gegen 12 und 22 Personen eröffnet worden.

Gegen die allermeisten mußte das Verfahren eingestellt werden, weil ihnen nicht das geringste nachgewiesen werden konnte. Es blieben nur übrig die drei jugendlichen Bürschchen, die am vergangenen Samstag auf der Anklagebank saßen. In seinem Plaidoyer teilte der Staatsanwalt mit, daß er bereits beantragt habe, die noch übrigen in Untersuchung befindlichen Angeklagten aus der Affäre vom 17. August ebenfalls außer Verfolgung zu setzen. So wäre also die Tätigkeit der Justiz mit dieser Verhandlung erledigt.

Das ist fürwahr ein überaus klägliches Ergebnis. Was hatte die Scharfmacherpresse aus jener Affäre alles gemacht! Bei den großen Krawallen sollte es sich um „einen planmäßigen Versuch" handeln, die Fabrik zu stürmen und die Erschießung Fleischmanns zu rächen, die sozialdemokratische Arbeiterschaft wurde dafür verantwortlich gemacht, man hatte angekündigt, das gerichtliche Verfahren werde solche Beweise für den Umfang des sozialdemokratischen Terrorismus erbringen, daß die „Bürgerschaft erschreckt auffahren" werde. Und nun das Resultat! Die ganze Ausbeute an „Aufrührern" besteht aus drei halbwüchsigen Burschen, die nur aus jugendlicher Radaulust mit ihresgleichen Skandal verübt haben. Der Staatsanwalt muß beschämt zugestehen, daß sich die organisierte Arbeiterschaft dieser Bewegung vollständig ferngehalten hat. Die sozialdemokratische Presse hat von

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

dem Anfang an behauptet, was der Staatsanwalt hier offen zugeben mußte; dafür wurde sie von den kapitalistischen Preßreptilien der „Verlegenheit" geziehen. Auf welcher Seite die Lügner waren, das hat diese Verhandlung mit der wünschenswertesten Klarheit ergeben.

Badische Chronik.

Pforzheim.

4. Dezember.

— Sprechstunde des Fabrikinspektors. Am Montag, den 10. Dezember, wird ein Beamter der Fabrikinspektion von 5½ Uhr abends ab im Sitzungszimmer des Gewerbegerichts (Rathaus, Zimmer Nr. 1) eine Sprechstunde abhalten. Es ist jedermann Gelegenheit geboten, in gewerblichen Angelegenheiten Wünsche und Anliegen vorzubringen und Rat einzuholen.

— Heute Nachmittag erhängte sich der verwitwete 63jährige Blechner Leonhard Waller von Nußbaum auf dem Speicher der Wohnung seines Schwiegersohnes. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Freiburg.

4. Dezember.

— Wir machen die Volksfreundleser nochmals auf die morgen Abend stattfindende öffentliche Versammlung im oberen Storchensaale aufmerksam. Wenn auch die Heimarbeiter die zunächst Beteiligten sind, so ist der Heimarbeiterschutz eine Frage, an der die gesamte organisierte Arbeiterschaft beteiligt ist. Wir appellieren deshalb an alle Arbeiter, dort zu erscheinen. Agitiert aber unter den Heimarbeitern und Arbeiterinnen, damit dieselben zahlreich erscheinen.

— Am letzten Freitag hat der Bürgerausschuß die Errichtung eines Krematoriums beschlossen. Zunächst zwar nur im Prinzip, die Erbauung kann noch einige Jahre auf sich warten lassen. Trotzdem wird die Gelegenheit benützt, um die katholische Volksseele zum Kochen zu bringen. Zunächst fühlen sich die Leute ein bischen in ihren Gefühlen verletzt. Am schwersten verletzt sind aber die guten Leute dadurch, daß sie für eine Einrichtung bezahlen, die sie nicht benützen. Wenn die Frommen für ein Krematorium bezahlen, dann ist das ein großes Unrecht, daß aber Leute, welche die Kirche nicht benützen, Kirchensteuer bezahlen müssen, daß Kirchenbauten und der Klerus aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, das finden die Herren ganz in der Ordnung. Wenn der Bote behauptet, in Freiburg hätten sie die große Mehrheit hinter sich, so sagen wir, es ist nicht wahr. Bei keiner einzigen Wahl hat das Zentrum in den letzten Jahren die Mehrheit gehabt und Katholiken, welche liberal oder gar sozialdemokratisch wählen, werden doch sonst nicht mehr mitgezählt, warum jetzt auf einmal, verehrter Bote?

Wie der Bote in dieser Angelegenheit mit den statistischen Zahlen umspringt und die dümmsten Vergleiche an den Haaren herbeizieht, geht selbst über das an Zentrumsblättern gewohnte Maß hinaus. Daß der Bote das ganz als eine Mache der Freimaurer bezeichnet und dem Oberbürgermeister in verblümter Form Leichtfertigkeit vorwirft, sei nur nebenbei erwähnt.

— Zuzug von Feilenhauern und Schleifern ist wegen Lohnbewegung strengstens fernzuhalten. Alle hiesigen Feilenhauer sind organisiert.

— In Zähringen wurde am Samstag den 1. Dezember ein Arbeitergesangverein gegründet unter dem Namen Eintracht. Da sich bereits schon über 40 Personen zum Beitritt erklärt haben, ist Hoffnung vorhanden, wenn Einmütigkeit unter den Mitgliedern ist, einen schönen Verein zu bilden. Die erste Singstunde findet Donnerstag den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum Bären statt. Sangeslustige Arbeiter und Parteigenossen sind freundlich eingeladen.

Teutschneureuth, 3. Dez. Unlängst ging es in einer hiesigen Wirtschaft äußerst lebhaft zu. Saßen da die Gemeinderäte beisammen, als ein Gast sich einstellte, der alsbald mit den Gemeinderäten Streit anfing. Im Hardtboten wird das weitere wie folgt geschildert:

„Derselbe fing mit den Herren Gemeinderäten Wortwechsel an, schimpfte sie mit den unflätigsten Ausdrücken, sodaß er von den Gemeinderäten aus der Wirtschaft hinausbugsiert werden mußte. In letzterem sind ja verschiedene Herren des Gemeinderats schon geübt, wie wir aus einer früheren Verhandlung her noch wissen. Der Radaubruder vom letzten Freitag hatte aber ein Gutes geschaffen, nämlich das, daß er dafür sorgte und nicht nachließ, bis die Herren vom Gemeinderat bei Eintritt der Polizeistunde die Wirtschaft verließen, was in hiesiger Gemeinde leider nicht mit der nötigen Schneid und Sorgfalt überwacht und durchgeführt wird. Wir können nur wünschen, daß da eine Besserung eintritt und die Herren an der Spitze mit gutem Beispiel vorangehen, damit sie nicht etwa wie hier von den Radaubrüdern aufgefordert werden müssen, bei Eintritt der Polizeistunde die Wirtschaft zu verlassen. Dem Radaubruder vom letzten Freitag, der die Bewohner der angrenzenden Straßen durch seinen erheblichen Lärm in ihrer Ruhe störte und die Gemeindeverwaltung öffentlich verhohnigelte gehört für sein loses freches Maul einmal ein gehöriger Denkzettel. Den Herren aber würden wir raten, einmal den brennenden Tagesfragen wie: Verlegung der Bahn, elektrische Bahn nach Karlsruhe, Errichtung einer Badgelegenheit, Exerzierplatzfrage, Herstellung und Ausbau der Friedrichstraße näher zu treten, und da gehörig dran zu sitzen und zu arbeiten — wenn auch bis nachts 11, 12 oder 1 Uhr. Sie würden sich dadurch ihre Position für die bevorstehende Gemeinderatswahl sicher verbessern."

Wohl bekomms! den Herren Gemeinderäten.

Lörrach, 3. Dez. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Montag Morgen auf dem schon lange unzulänglichen Bahnhof Riehen der Wiesentalbahn. Ein junger Mann, der von Basel nach Riehen gefahren, war dort dem Zuge entstiegen und wollte, um sich einen Umweg zu ersparen, über den Perron eines Wagens des gerade von Stetten hergekommenen Personenzuges steigen. In dem Augenblick, als er mit einem Fuße das Trittbrett erfassen konnte, setzte sich der Wiesentäler Zug in der Richtung gegen Basel zu in Bewegung und der Mann stürzte wieder von dem Trittbrett ab; er hielt sich an der Aufgangsleitstange und wurde daher eine große Strecke weit geschleift, wobei er so unglücklich unter die Räder geriet, daß ihm beide Füße abgefahren wurden. Sterbend wurde der Verunglückte unter dem durch die Zurufe der entsetzten Augenzeugen angehaltenen Zuge hervorgeholt und sofort nach dem Riehener Spital gebracht; aber schon auf dem Wege dahin erlag der Verunglückte seinen schrecklichen Verletzungen.

Schon lange wurde von der Riehener Bevölkerung auf die mißlichen Bahnhofzustände hingewiesen, wo nicht einmal genügend Platz zum Ein- und Aussteigen vorhanden ist, und man über das Trittbrett eines Zuges wegsteigen muß, um an den Bahnhofsausgang zu gelangen. Am alten Bahnhof in Lörrach bestanden übrigens ganz gleiche Zustände und es war nur zu verwundern, daß sich auf der Wiesentalbahn nicht mehr Unglücksfälle ereigneten.

Durlach, 4. Dez. Wie das Durlacher Wochenblatt berichtet, wurde gestern Abend im Karlsruher Schlachthof durch einen Metzgerburschen namens Schneider ein ganzes geschlachtetes Schwein gestohlen. Nachdem durch die Gendarmerie der Täter ermittelt, wurde das Schwein auf einem Acker hiesiger Gemarkung unter einem Haufen Mist vergraben aufgefunden.

* **Waldshut**, 4. Dez. Erhängt hat sich die 33 Jahre alte Viktoria Haug. Dieselbe verübte die Tat wahrscheinlich im Zustande geistiger Umnachtung.

* **Mannheim**, 4. Dez. Verbrannt ist am 1. Dez. die 6½ Jahre alte Volksschülerin Frieda Knoblauch, welche in Abwesenheit ihrer Mutter Petroleum in das Feuer goß. Die auflodernden Flammen ergriffen die Kleider des Mädchens und ehe Hilfe kam, verbrannte das Kind vollständig.

Gemeindezeitung.

Baden-Baden. Der hiesige Stadtrat hat beschlossen, daß Frühstücke an bedürftige Kinder wegen des damit getriebenen Mißbrauchs nicht mehr bezw. nur in Ausnahmefällen abgegeben werden. In der Praxis bedeutet dieser Beschluß, daß überhaupt kein Frühstück mehr abgegeben wird. Vielleicht war man im Stadtrat der Meinung, warme Frühstücke an bedürftige Schulkinder seien in der internationalen Bäderstadt, allwo das warme Wasser aus den Brunnen fließt, ein überflüssiger Luxus. In einer Stadt, wo für den Luxus der Besitzenden so viel Geld aufgewendet wird, muß gespart werden, wo man sparen kann. Am zweckmäßigsten fängt man bei der Verteilung warmer Frühstücke für die Kinder der Armen an, denn die mißbrauchen ja, wie ihre Eltern, alle Wohltaten, die man ihnen zukommen läßt — denkt man im Stadtrat von Baden-Baden. Was wir hiermit kund und zu wissen tun.

* **Villingen**, 4. Dez. Der Gemeinderat beschloß, billiges Baugelände zur Errichtung kleinerer Wohnhäuser für Arbeiter abzugeben.

Deutscher Reichstag.

(188. Sitzung.)

* **Berlin**, 4. Dezember 1906.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung 1 Uhr 20 Minuten.

Am Bundesratstische Bülow, v. Stengel, Tschirschky, Kolonialdirektor Dernburg und Unterstaatssekretär Löbell.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Präsident Ballestrem, bei der gestrigen Unruhe im Hause sei es ihm unmöglich gewesen, alle Ausdrücke in der Rede Roerens zu hören. Aus dem amtlichen stenographischen Bericht habe er jetzt gesehen, daß mehrere Ausdrücke Roerens in seiner gestrigen Rede nicht der Ordnung des Hauses entsprachen. Wegen des Ausdrucks „Börsenjobber" rufe er nachträglich den Redner zur Ordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält der Abg. Roeren dann noch das Wort zu einer Erklärung.

Abg. **Roeren** (Zentr.) erklärt, daß er seine Ausführungen für den Fall Wistuba gewahrt habe, ohne vorher Rücksprache mit der Fraktion zu nehmen. — Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Fürst **Bülow** erklärt: Durch eine Sitzung des Staatsministeriums und andere wichtige Amtsgeschäfte war ich verhindert, der letzten Sitzung beizuwohnen. Daher habe ich erst durch die Morgenblätter Kenntnis von den gestrigen Auseinandersetzungen erlangen können. Ich kann keinen Zweifel darüber lassen, daß ich die Haltung des Kolonialdirektors, ebenso seine Verteidigung gegen die grundlosen Angriffe von Beamten und seine Abwehr der ungerechtfertigten Pressionen durchaus nachdrücklich billige. (Vielseitiges andauerndes Bravo.) Die Offenheit, womit der Kolonialdirektor die Verteidigung führte, ist lediglich die Konsequenz der von mir erteilten materiellen Instruktionen, nicht zu vergessen, unnachsichtlich und unparteiisch die Vergehen von Beamten zu verfolgen. Die Klarstellungen werden rücksichtslos nach allen Seiten hin erfolgen, sie werden nicht vor einzelnen Abgeordneten Halt machen, nicht auf Grund einseitigen Materials unschuldige Beamte anklagen und schuldige in Schutz nehmen. Ich habe einen zweimaligen Wechsel in der Leitung der Kolonialabteilung vorgenommen. Jetzt ist die gründliche Reorganisation der Kolonialverwaltung im Gange. Ich richte nun nochmals an das hohe Haus die Bitte, das mit gutem Willen, Klarheit und Festigkeit begonnene Werk der Reorganisation unserer Kolonien nicht dadurch zu hemmen, daß immer wieder alte Fälle der Vergangenheit zur Sprache gebracht werden. Auf seiten der Regierung ist der festeste Wille vorhanden, die vorgefallenen Vergehen unnachsichtlich zu ahnden und die vorhandenen Mißstände rücksichtslos zu beseitigen. Helfen Sie aber auch unsere Kolonie einer besseren Zukunft entgegenzuführen, sie fruchtbringend zu gestalten für das deutsche Reich. (Beifall.)

Abg. **Werner** (Rfp.) dankt dem Kolonialdirektor für die bisherige Führung seines Amtes. Das Verhalten des Abgeordneten Erzberger verdiene Anerkennung, seine Partei werde stets für eine gesunde Kolonialpolitik eintreten.

Abg. **Müller-Meiningen** (freis. Vp.) dankt zunächst für die würdige Art, wie von dem Bureaudirektor des Reichstages und dem Präsidenten das Hausrecht gewahrt worden sei. Er bedaure nur, daß das Haus nicht ganz rein geblieben sei von Haussuchungen. Was die gestrigen Vorgänge anlange, so habe am Bundesratstisch offenbar eine Verlegenheit geherrscht, wie sie in dem Maße dort selten sei. (Lachen rechts.) Von dem Einfluß der Herren rechts zu Gunsten von Peters habe man hier im Hause schon lange gewußt. Was über die vertraulichen Verhandlungen zwischen der Kolonialabteilung und dem Abgeordneten Roeren gestern bekannt geworden sei, werfe auf die bisherigen Zustände ein grelles Licht. Charakteristisch sei dabei namentlich das Verhalten des Herrn Dr. Stübel, einer der bedauernswertesten Erscheinungen innerhalb der Regierung. (Heiterkeit.) Nach der heutigen Erklärung des Herrn Roeren sei er selbst überzeugt, daß der gestrige Zwischenfall eine wirkliche politische Bedeutung nicht besitzt. (Rufe links: Sehr richtig!) Seine Fraktion werde auch künftig auf das schärfste alle Vorkommnisse in der Verwaltung der Kolonien prüfen und aufs strengste allen Versuchen einer Verschleierung entgegentreten. Seine Freunde könnten selbstverständlich von vornherein nicht gegen eine Reform-Politik von seiten des neuen Kolonialdirektors sein. Redner wirft die Frage auf, ob die Roerenschen Enthüllungen eigentlich wahr seien oder nicht. So wie jetzt könne die Geschichte unter keinen Umständen weitergehen. Das Vertrauen zu den Richtern in den Kolonien sei verloren gegangen. Eine gemischte Untersuchungskommission wäre das beste. Notwendig sei eine Feststellung des materiellen und formalen Kolonialrechts und zweitens eine völlige Trennung von Justiz und Verwaltung. Den Kolonien müsse vor allen Dingen ein klares Recht gegeben werden, wenigstens eine gesetzliche Basis. Aber es gebe Sünder nicht nur in den Kolonien. Der eigentliche Angeklagte sei der Reichskanzler, und er sei es, der die Untersuchungskommission einsetzte. Wo solle da eine objektive Untersuchung herauskommen. Das ganze Personal lebt wie Hund und Katze zusammen und gegenseitige Liebenswürdigkeiten seien an der Tagesordnung. Ein Munizipalrat Raff kämpfe seit 5½ Jahren um sein Recht. Außer im Amte beziehe er in der ganzen Zeit sein Gehalt, ja, und sogar in höheren Gehaltsstufen. (Hört! hört! links.) Der Staatssekretär und der Kolonialdirektor wollten für ihn was tun, aber Dr. Stübel erklärte, er könne gegen das Triuvolium, an der Spitze den Herrn von König, nicht aufkommen. (Hört! hört!) Herr Kolonialdirektor! Wenn Sie die Gespenster bannen wollen, so arbeiten Sie auf den Geleisen der Gerechtigkeit und den Geleisen organischer, nicht sprunghafter Kulturarbeit und zeigen Sie auch Rückgrat nach oben. Dann werden Sie auch unsere Unterstützung finden. Wenn nicht, dann nicht.

Abg. **Bebel** (Soz.) erklärt, er wolle sich in das Duell Roeren-Dernburg nicht einmischen, am allerwenigsten nach der heutigen Erklärung Roerens, daß es sich nur um eine persönliche Angelegenheit handle. Das eine aber wolle er feststellen: Alle die Greuel, die der Abgeordnete Roeren gestern angeführt habe, seien noch unwiderlegt. Mit den Skandalosa müsse völlig reiner Tisch gemacht werden. Erfreulich sei, daß heute endlich wieder einmal der Herr Reichskanzler im Hause sei. Er sei der einzige dem Hause Verantwortliche. Redner kommt auf den Fall Hellwig zu sprechen und dessen Pensionierung, weil er den Anforderungen seines Amtes nicht mehr völlig gewachsen erscheine. So möge es in den Akten stehen, aber dort stehe manches, was sich in der Wirklichkeit anders verhalte. Den Angriff, den er, Redner, am Samstag gegen den Grafen Arnim gerichtet habe, nehme er allerdings angesichts dessen Erklärung mit Bedauern zurück. Was aber Herrn Arendt anlange, so erkläre er, daß er niemals von ihm eine Aeußerung gehört habe, aus der hervorgegangen wäre, daß Herr Arendt schon längst Herrn Hellwig eine verhängnisvolle Bedeutung für die Kolonial-Politik zugeschrieben hätte. Sei dem Kolonialdirektor bekannt, daß der Fall Dominik schon längst in den Akten der Kolonialverwaltung stehe und daß die Festlichkeiten dieses Oberleutnants der Verwaltung bekannt sind seit Jahren. Den Fall Kamptz habe der Kolonialdirektor selber gestern als richtig dargestellt angegeben. Weiter erinnert Redner an die ungeheuerliche Bestrafung der Akwa-Leute wegen Beleidigung. Im Falle Peters komme es doch nur darauf an, daß der Gerichtshof für erwiesen angenommen habe die Mißhandlung zweier Mädchen mit der Nilpferdpeitsche. Als Redner dann mit Bezug auf Arendt den Ausdruck braucht: die Sorte, erklärt der Vizepräsident unter Heiterkeit des Hauses dies für unzulässig. Redner erzählt dann noch eine lange Reihe anderer Unmenschlichkeiten des Peters. Endlich berührt er noch die Eisenbahn- und Landfrage in Südwestafrika.

Oberstleutnant **Quade** bezeichnet es als unzutreffend, daß gegen Leutnant Dominik, jetzt Hauptmann, Anzeigen ergangen seien, ohne daß gegen denselben irgend etwas geschehen sei. Es sei diesem vielmehr ausdrücklich durch Erlaß aufgegeben worden, sich aller Grausamkeiten usw. zu enthalten und Menschenleben im Kriege tunlichst zu schonen. Die Ermittelungen gegen ihn hätten ergeben, daß die ihm vorgeworfenen Barbareien nicht vorgekommen seien, abgesehen von Fällen wo er gegen Kannibalen gekämpft habe. Veranlassung zum strafrechtlichen Vorgehen gegen ihn habe sich nicht ergeben. Es sei allerdings dem Dominik der ernste Vorwurf nicht erspart worden, daß er gegen Barbareien seiner Truppen nicht genügend eingeschritten sei. Die neue Beschuldigung gegen Dominik, 62 Kinder ausgehängt zu haben, wird noch untersucht werden. Die Richtigkeit einiger Angaben Bebels gegen einen Hauptmann Scheunemann werden von diesem in Abrede gestellt.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) erklärt, im Juli sein Material im Reichstage einem Untersuchungsrichter zur Verfügung gestellt zu haben, um sich bezw. andere von dem Verdacht etwaigen Akten-Diebstahls zu reinigen. Daß der Kolonialdirektor ein intelligenter Mann sei, erkenne er nach dessen gestriger Rede an. (Heiterkeit.) Weiter wendet sich Redner gegen Prügelstrafen-Verordnungen in den Kolonien. Bedauerlich sei das gestrige Auftreten Dernburgs gegen Roeren. Wenn ein solches Verhalten des Kolonialdirektors sich wiederhole, so werde fortan niemand vom Zentrum mehr in der Lage sein, sich im Interesse vertraulicher Ausgleichs-Verhandlungen in die Kolonialabteilung zu begeben. Bloßgestellt habe gestern nicht Roeren, wie eine Wendung Dernburgs erscheinen lasse, sondern vielmehr Dr. Stübel. Dieser habe sich in der ganzen Angelegenheit viel mehr verfehlt als dadurch, daß er in Christiania die Mitteilung der Geburt des Kaiserenkels an den Kaiser verschlafen habe. (Heiterkeit.) Die Regierung verlange, man solle doch endlich die Vergangenheit ruhen lassen. Das gehe doch erst, wenn die Schuldigen bestraft seien. Pöplau sei seiner festen Ueberzeugung nach unschuldig verurteilt. Die Tatsache übrigens, daß in Afrika vom Richter beschlagnahmte Akten sich jetzt in den Händen der Verwaltung befinden, wirft das bedenklichste Licht auf die Rechtspflege in den Kolonien. Endlich bestätigt Redner noch, Geheimer Legationsrat Hellwig habe ihm im [illegible] dieses Jahres erzählt, die Freunde des Peters, von [illegible]dorff und Arendt, seien die Veranlasser, daß er um Pension habe nachsuchen müssen. Schließlich bemerkt Redner noch: Wir sind nicht Oppositions- und nicht Regierungspartei. Jetzt wollen wir jedenfalls gern der Kolonialverwaltung die erforderliche Zeit gewähren, um Mißstände zu beseitigen. (Beifall im Zentrum.)

Kolonialdirektor **Dernburg** konstatiert zu seiner Genugtuung, daß laut einem solchen eingelaufenen Telegramm aus Togo neuerdings weitere Zeugen vernommen worden sind und daß sie absolut gegen Kersting nichts auszusagen gewußt hätten. Man habe bemängelt, daß er, Dernburg, von Eiterbeule gesprochen habe. Tatsache sei doch aber, daß Herr Roeren die betreffenden Vorgänge schon seit Jahren gekannt habe. Demgegenüber meine er, Dernburg, solche Dinge müßten sofort und nicht erst später im Reichstage zur Sprache gebracht werden.

Der Pfarrer als Hebamme.

Vor dem Schwurgericht in Montpellier hat dieser Tage die Verhandlung gegen Abbé Cassan, den ehemaligen Pfarrer von Faugères, stattgefunden. Der Geistliche war wegen folgender Verbrechen und Vergehen angeklagt: 1. Kindesverheimlichung; 2. fahrlässiger Tötung, begangen am Kinde; 3. fahrlässiger Tötung, begangen an der Mutter des Kindes, Fräulein Augustine Laugé; 4. unbefugte Ausübung der ärztlichen Praxis.

Mystische Unterhaltungen im Schlafzimmer.

Die Anklageschrift schildert den erbaulichen Lebenslauf dieses Seelenhirten. Schon als Vikar in Montpellier empfing Cassan häufig den Besuch junger Mädchen. Er gibt zu, daß er für manche seiner weiblichen Pfarrkinder besondere Sympathien gehabt habe, behauptet jedoch, diese Beziehungen seien platonischer Art geblieben. Mit dieser Behauptung scheint allerdings die nach seiner Verhaftung aufgefundene Korrespondenz im Widerspruch zu stehen. So heißt es in einem der an den Pfarrer gerichteten Mädchenbriefe:

„Ah, mein herzlieber Vater! Welch ein schmerzlicher Abschied und wie leer fühle ich, von Ihnen fern, mein Herz! Wie leer erscheint mir das Zimmer, wo wir so schöne Augenblicke miteinander verbracht haben, und wie muß ich mit mir selbst kämpfen, um Ihnen nicht nachzulaufen. Auf baldiges Wiedersehen, mein allerliebster Beichtvater."

Nicht minder anregend ist der Brief, den des Pfarrers frühere Geliebte an diesen nach der ersten Begegnung mit einem Manne schickte, den er ihr für die Ehe ausgesucht hatte. Es heißt darin:

„Wir haben uns ohne Zwang sehen können. Ich wollte, Sie wären an seinem Platze gewesen. Obgleich er mir eine große Neigung entgegenzubringen scheint, war er sehr zurückhaltend, was mich bei einem jungen Manne in Erstaunen setzte. Aber ich verstehe, daß das Schüchternheit war und daß das Herz bei ihm spricht an der Stelle der Sinne. Ich gestehe Ihnen, daß ich an seinem Platze weniger reserviert gewesen wäre. Kaum, daß es ein paar Küsse gab . . . Wir müssen trachten, sobald ich verheiratet bin, die Dinge so zu arrangieren, daß wir möglichst oft beisammen sein können. Mein lieber Vater, ich will Sie nicht verlieren, ich will Ihnen immer gehören. Sollte G. (der Ehemann) mich hindern, so werde ich ihn verlassen, denn wenn ich ihn nehme, so ist es, um frei zu sein und nicht Sklave."

Als Pfarrer nach Faugères versetzt, knüpfte Cassan Beziehungen mit Augustine Laugé an. Auch hier will er sich auf unschuldige Unterhaltungen beschränkt haben. Im Verhör schreckt der Wackere nicht davor zurück, gegen die durch seine Schuld ums Leben gekommene Geliebte Beschuldigungen zu erheben, die beim Publikum entrüstetes Murmeln hervorrufen. Der Präsident bemerkt: „Ihre Haltung wird von den Geschworenen gewürdigt werden, aber sie ist in keinem Falle sehr würdig. Statt zu bereuen, entstellen Sie die Wahrheit mit einer Heuchelei, die ich nicht weiter qualifizieren will."

Außer einigen Briefen bestätigen auch mehrere Zeugen die Intimität des Verhältnisses zwischen Cassan und Fräulein Laugé. So sagt ein Zeuge aus, daß Schwester Arlabosse, die Leiterin des Karmeliterinnenklosters von Faugères, ihm erzählt hat, daß sie das Paar einmal in der Sakristei beim Austausch von Zärtlichkeiten getroffen hat. Es wird auch festgestellt, daß Cassan sehr oft, wenn seine Freundin zu ihm kam, die Tür verriegelte. Der Angeklagte gibt vor, das sei „aus Zerstreuung" geschehen. Diese Besuche wurden so häufig, daß der Vater des Mädchens diesem den Umgang mit dem Pfarrer verbot. Doch fruchtete das Verbot nichts.

Lourdes als Abtreibungskur.

Im November 1905 entschloß sich Cassan, dem Drängen des Vaters nachzugeben und Augustine ziehen zu lassen. Er brachte sie in einem klerikalen Pensionat in Marseille unter. Doch kam sie schon Weihnachten zu Besuch und hielt sich die ganzen Tage im Pfarrhaus auf. Im Mai fühlte Augustine Laugé das Bedürfnis, nach Lourdes zu gehen. Sie war damals guter Hoffnung und hoffte, dort von der Jungfrau Rettung zu erflehen. Da diese im gegebenen Falle nur in einer Fehlgeburt bestehen konnte, ist dieser Einfall charakteristisch für die religiösen Vorstellungen, die der Klerikalismus einpflanzt. Cassan will von der Schwangerschaft erst um diese Zeit unterrichtet worden sein. Er leugnet auch, der Vater des Kindes zu sein, gibt sogar vor, daß er den wirklichen Vater kenne, jedoch nicht nennen wolle. Nach der vergeblichen Fahrt nach Lourdes wollte Cassan seine Geliebte in einem Kloster in Narbonne unterbringen, wo man sie jedoch nicht aufnehmen wollte. Als die Entbindung nahte, begab sie sich wieder nach Faugères, wo sie sich beim Pfarrer verborgen hielt, ohne daß ihre Familie etwas von ihrem Aufenthalt erfuhr.

Die Akkoucheurkünste des Pfarrers.

Als sich die Wehen einstellten, holte Abbé Cassan keinen Arzt und keine Hebamme. Wie er angibt, hat er die Nabelschnur nicht gleich abgeschnitten. Er konnte die Blutung nicht stillen und Augustine starb. Das Kind, das, wie er behauptet, nur einen Augenblick gelebt hat, verwahrte er in einem Schranke. Die Aerzte bekunden, daß das Kind lebensfähig gewesen sei. Die Leiche Augustinens ließ Cassan ihrem Vater ins Haus tragen. Als die gerichtliche Untersuchung begann, leugnete der Pfarrer zuerst alles und behauptete, Augustine sei an einem Blutsturz gestorben. Die Kindesleiche verbarg er in einem Taubenschlag. Jetzt will er das alles nur aus christlicher Selbstaufopferung getan haben.

Das Urteil.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig. Er wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Kleines Feuilleton.

Der Fremdenverkehr Berlins ist nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin in steter und starker Steigerung begriffen. Um welche Menschenmassen es sich dabei handelt, erhellt daraus, daß in dem Jahre Oktober 1905 bis Ende September 1906 (dem letzten Berichtsjahre) in Gasthäusern und öffentlichen Beherbergungsanstalten 1 024 480 Fremde abgestiegen sind. Eine Scheidung der Fremden nach Staaten und Ländern ihrer Herkunft liegt leider erst für das Jahr 1904 vor, in dem 949 000 Fremde gezählt wurden. Von diesen waren 15 Prozent Ausländer. Am stärksten waren daran die Russen (45 800) beteiligt, dann folgen die Oesterreicher (25 700), die Amerikaner (16 100), Engländer (10 007), Schweden (9800), Dänen ([illegible]), Franzosen (7400), Holländer (5400), Schweizer ([illegible]) usw. — Den größten Verkehr in den letzten Jahren weist der August 1905 mit 114 100 Fremden auf; der geringste Verkehr pflegt im Januar einzutreten. Nicht bei allen Ausländern ist der August der größte Verkehrsmonat. Franzosen, Italiener, Spanier scheinen den September und Oktober zu bevorzugen. — Nach den Ausweisen des Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin hat sich der Fremdenverkehr folgendermaßen entwickelt. Er betrug:

1889	469 357	100
1894	560 903	120
1899	753 523	161
1904	948 799	202

Setzt man die Zahl der Fremden im Jahre 1889 gleich 100, so hatte sie sich nach 5 Jahren auf 120, nach 10 Jahren auf 161 gehoben und sich innerhalb des ganzen betrachteten Zeitraumes von 15 Jahren mehr als verdoppelt.

Ein bayerischer Gemeindeförster erhielt vom Magistrat eine dienstliche Anweisung auf einem Vordruck. Das „Herr" war darauf durchstrichen. Auf seine Anfrage nach dem Grunde der sonderbaren Maßnahme wird dem Förster die bündige Antwort, alles Durchstrichene sei anzusehen, als hätte es nicht dagestanden. Doch der Förster zahlte mit gleicher Münze heim. Seine nächste schriftliche Eingabe lautete: „An den na[illegible]